

Stellungnahme der GEW zu den Ergebnissen von Pisa sowie Schlussfolgerungen für bildungspolitisches und pädagogisches Handeln

Anlässlich der Nachfolgetagung von Königswinter am 05.03.2002 in Bonn
Die internationale Leistungsvergleichsstudie PISA hat erneut deutliche Defizite des deutschen Bildungssystems in zentralen Wirkungsfeldern offengelegt wie Prof. Baumert ausführlich darstellte.

Vorbemerkung:

1. In den aktuellen Diskussionen ist immer wieder davon die Rede, man solle sich doch nicht gegenseitig die Schuld zu weisen. Interessanterweise wird das Schuld zu weisen sofort verbunden mit dem Übernehmen von Verantwortung. Aus meiner Sicht sollte man beides gut auseinanderhalten. Verantwortung übernehmen ist auch etwas Positives und kann Handeln erzeugen. Die GEW, die Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen wollen einen Teil der Verantwortung übernehmen, wenn es um die pädagogische Verantwortung in den Bildungseinrichtungen geht, aber sie wollen keine Schuld zugewiesen bekommen für das, was PISA an Defiziten im Gesamtsystem offengelegt hat.
2. Bei aller Skepsis und teilweise auch begründeten Kritik an Leistungsvergleichstests, sehen wir in PISA auch eine Chance, endlich zu konkreten Veränderungen in unserem Bildungswesen zu kommen, die längst überfällig sind. Daher setzen wir uns mit den Ergebnissen konstruktiv auseinander und bringen in die Debatte konkrete Reformvorschläge ein.

Man könnte annehmen, dass, gemessen an der öffentlichen Aufmerksamkeit, die die Ergebnisse von PISA ausgelöst haben, offenbar der Stellenwert von Bildung in Deutschland sprunghaft angestiegen ist. Dies ist sicher auch ein Ergebnis, der seit einigen Jahren verstärkten nationalen und internationalen Debatte über die veränderten gesellschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Anforderungen an das Bildungssystem. Insbesondere die Kontextuntersuchungen von PISA haben aber auch etwas anderes – nicht unbedingt Neues – ins Bewusstsein gerückt: Bildungspolitik ist Teil der Gesellschaftspolitik und steht in engem Zusammenhang mit anderen Politikfeldern wie Sozial-, Jugend-, Familien-, Gleichstellungs- und Arbeitsmarktpolitik.

Eines der zentralen Ergebnisse von PISA - der enge Zusammenhang von soziokulturellem Hintergrund und dem erreichten Leistungsniveau - hat seine Ursachen auch in der mangelnden sozialen Integrationsleistung in Deutschland und in Defiziten bei der Förderung der Familie.

Das Forum Bildung hat sich bereits weit vor der Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse intensiv mit dem Thema Chancenungleichheit im deutschen Bildungssystem sowie deren Ursachen befasst. So wurden die Ergebnisse des Berichts der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung zur Situation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ebenso gründlich betrachtet wie die Ungleichverteilung von Jugendlichen verschiedener sozialer Gruppen auf die Schulformen. Es wurde u.a. bemängelt, dass seit Jahren keine soziokulturellen Erhebungen in diesem Zusammenhang erfolgt sind. Die hohe Zahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss, insbesondere bei ausländischen Jugendlichen, war bereits vor dem 04.12.2001 – dem Tag der Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse – bekannt, wurde als Problem jedoch nicht ernst genug genommen und wenn dann lediglich bei der Förderung von benachteiligten Jugendlichen in der Berufsausbildung. Ein weiterer Fakt sei genannt, der ebenfalls seit einigen Jahren thematisiert, aber nicht adäquat einer Lösung zugeführt wurde: Deutschland hat zu wenig Jugendliche, die die Zugangsberechtigung zum Studium besitzen und letztlich die Hochschulen mit einem qualifiziertem Abschluss verlassen. Die GEW hat im Mai 2001 dazu einer Studie vorgelegt, die BLK kam kurz darauf zu ähnlichen Erkenntnissen.

Ein letzter Punkt soll zeigen, dass Alarmsignale vor PISA nicht ernst genug genommen wurde: Die OECD hat seit mehreren Jahren in „Bildung auf einen Blick“ darauf hingewiesen, dass andere OECD-Staaten ihre öffentlichen Bildungsausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt, seit Beginn der 90-er Jahre deutlich verstärkt haben und heute bei durchschnittlich 5,6 % liegen. Deutschland investiert an öffentlichen Bildungsausgaben lediglich 4,4 % des BIP und selbst bei Einbeziehung der privaten Ausgaben liegen wir erst bei

5,6 % (OECD 6,3%). Gleichmaßen wurde in den Berichten ab 2000 auf die ungleich schlechtere Ausstattung im frühkindlichen Bereich und in den Grundschulen hingewiesen im Vergleich zu anderen OECD - Ländern.

All das zeigt: Die Ergebnisse von PISA sind nicht vom Himmel gefallen und mussten von allen aufmerksamen Bildungspolitikern erwartet werden. Es stellt sich zu Recht die Frage: Warum ist dann nicht rechtzeitig reagiert worden und warum reagiert jetzt die Öffentlichkeit so heftig?

Ich möchte dazu einige Aspekte anführen:

1. Bildung hat und hatte in Deutschland bisher keinen hervorgehobenen Stellenwert. Beweise dafür gibt es genug:
 - Bildungsausgaben sind nach wie vor konsumtive Ausgaben und keine Investitionen, womit sie in allen öffentlichen Haushalten bei Einsparungen und Umverteilungen bedroht sind. Kürzungen vor allem in den Ländern und in den Kommunen in den vergangenen 10 Jahren haben zu Unterfinanzierung der Personalhaushalte und zu weiterem materiellem Verfall der Institutionen geführt.
 - Eltern haben nur in geringem Maße Interesse an der Entwicklung der Schulen bzw. zu wenig Möglichkeiten der tatsächlichen Partizipation.
 - Lehrkräfte werden in aller Öffentlichkeit pauschal diffamiert, was letztendlich zur Minderung des gesellschaftlichen Ansehens und zu Nachwuchsproblemen führt.
 - Bildung wird fast ausschließlich unter dem Aspekt der Arbeitsmarktverwertbarkeit diskutiert. Das Bildung allerdings zentrale Bedeutung für die gesellschaftliche und Persönlichkeitsentwicklung besitzt, ist in den letzten Jahren in der bildungspolitischen Debatte in den Hintergrund gerückt und wurde vom Forum Bildung ausdrücklich in die Überlegungen miteinbezogen.
2. Bisher wurden die Leistungsdefizite nur partiell bzw. im nationalen Rahmen wahrgenommen – im mathematischen und naturwissenschaftlichen Bereich sowie bei Migrantinnen und Migranten. PISA hat das ganze Ausmaß der Defizite im Bereich der Grundkompetenzen und bei der Umsetzung von Chancengleichheit im Verhältnis zu anderen Ländern gebündelt und gleichzeitig aufgezeigt, dass andere OECD-Länder wesentlich bessere Ergebnisse erreichen bei vergleichbaren gesellschaftlichen Bedingungen.
3. In den vergangenen Jahren wurde der Focus eher darauf gerichtet, wie die Leistungsspitze mit Hilfe des Bildungswesens weiter ausgebaut werden kann. Ein Zeichen dafür sind die vergleichsweise hohen Investitionen in der Sekundarstufe II im Verhältnis zu anderen Schulformen. Ausdruck dafür waren u.a. Verschärfungen der Übergangsbedingungen zum Gymnasium, die generelle Verkürzung von 13 auf 12 Jahre bis zum Abitur, die Einführung des Zentralabiturs in einigen Ländern und nicht zuletzt die weitere Vorverlegung des Selektionszeitpunktes (z.B. Einführung des grundständigen Gymnasiums in Berlin, Einführung der R 6 in Bayern, Abschaffung der eigenständigen Orientierungsstufe in Niedersachsen). PISA hat jedoch offenbart, dass diese frühe Selektivität des Schulsystems soziale Ungleichheit verschärft und die Zahl der „Verlierer“ des Bildungssystems vergrößert.
4. Das deutsche Bildungssystem ist in einer vergleichbar tiefen Krise, die nicht durch Reparaturmaßnahmen zu beheben ist. Es bedarf grundlegender Veränderungen wie sie in anderen Ländern teilweise bereits vor 10 Jahren in Angriff genommen wurden (s. Schweden, Finnland), die konsequent und gemeinsam angegangen werden müssen und für die zusätzliche Investitionen erforderlich sind. Grundsätzliche Veränderungen heißt allerdings nicht Reformen im Vier-Jahres-Rhythmus oder vorrangig über Modellprojekte, denn Bildungsreformen wirken nur langfristig, wenn man ihnen auch Zeit lässt und die Ressourcen gibt, um Wirkung zu entfalten. Grundsätzliche Reformen sind nur mit den Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen und mit der Mehrheit der Gesellschaft realisierbar. Dazu ist ein öffentlicher Dialog erforderlich

und ein kooperatives Handeln von pädagogisch und politisch Verantwortlichen. Das Forum Bildung hat so einen Weg eröffnet.

5. Das Bildungswesen leidet seit mehreren Jahren unter den Finanzproblemen der öffentlichen Haushalte. Die Konsequenz war und ist eine drastische Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte bei gleichzeitigem Anforderungsdruck. Die Wirkungen sind u.a. Demotivation und Abschreckung des Nachwuchses. Die Vergrößerung der Klassenfrequenzen, die Streichung von Förder- und Teilunterricht, die Kürzungen der Stundentafeln, die unzureichende Ausstattung mit modernen Lehrmaterialien hat zur Verschlechterung der Lernbedingungen der Schülerinnen und Schüler geführt und ist letztlich ein Baustein für Leistungsversagen.

Was sollte aus Sicht der GEW jetzt in Angriff genommen werden?

Ins Zentrum der bildungspolitischen und pädagogischen Bemühungen sollte die Überwindung der Chancenungleichheit, die Entkopplung von soziokultureller Herkunft und Bildungsniveau stehen. Das ist aus Sicht der GEW der zentrale Schlüssel für die Anhebung des Bildungsniveaus in der Breite und für eine breitere Leistungsspitze.

Bildung von Anfang an

In Deutschland wird die frühkindliche Bildung vernachlässigt. Die in der Regel nur halbtägigen Kindertagesstätten können einen umfassenden Bildungs- und Erziehungsauftrag nicht erfüllen.

Lebenslanges Lernen beginnt bereits im frühkindlichen Bereich. Defizite, die hier entstehen, können später nur schwer kompensiert werden. Dem tragen zum Beispiel die skandinavischen Länder, die bei PISA zur Spitzengruppe gehören, seit vielen Jahren Rechnung. In Anlehnung an die pre-school in Schweden schlägt die GEW vor, über eine neue Art frühkindlicher Bildung in der Kindertagesstätte zu diskutieren. Sie steht vom ersten Lebensjahr bis zum Eintritt in die Schule ganztägig zur Verfügung. Sie ist nicht Vorschule, sondern hat einen eigenen Bildungsauftrag und ein eigenständiges pädagogisches Konzept. Hier werden Kinder individuell gefördert, hier können sie altersangemessen lernen. Die individuelle Förderung der Kinder in Sprach- und Sozialkompetenz, die Stärkung der Lernfähigkeit und der Lernmotivation sowie die Persönlichkeitsentwicklung müssen dabei zentrale Bestandteile sein. Die KITA gehört deshalb in das Bildungssystem. Aus Kultusministerien, Schulbehörden und Jugendministerien sollten Ministerien für Bildung und Erziehung werden. Erzieherinnen und Erzieher brauchen für die Erfüllung des Bildungsauftrages - ebenso wie Lehrkräfte - eine pädagogische Ausbildung auf Hochschulniveau und eine bessere gesellschaftliche Wertschätzung. Die KMK sollte daher einem BLK - Modellversuch, wie er seit geraumer Zeit in der Diskussion ist, offen gegenüber stehen. Die Ergebnisse der Nationalen Qualitätsoffensive KITA der Bundesregierung und die Ergebnisse der gemeinsamen AG von Kultus- und Jugendministerkonferenz können dazu sicher eine gute Grundlage bieten. Untersuchungen zeigen, dass die Gebührenpflicht für Kindertagesstätten besonders MigrantInnen vom Besuch der Einrichtungen abschreckt. Über die Gebührenfreiheit der KITAs ist auch unter diesem Aspekt nachzudenken.

Grundschulen stärken

Eine generelle Vorverlegung des Einschulungszeitraumes - wie sie derzeit von einigen Kultusministern diskutiert wird - würde die soziale Selektivität bereits durch Erhöhung der Zahl der Rückstellungen verschärfen. Der Einschulungszeitpunkt kann aber flexibler gestaltet werden, wenn die Eingangsstufe der Grundschule darauf durch kleine Lerngruppen und ausreichend qualifiziertes pädagogisches und sozialpädagogisches Personal vorbereitet ist. Dies ist derzeit in der Regel nicht gegeben. Generell sind die Grundschulen in Deutschland im Verhältnis zu anderen Schulformen und im internationalen Vergleich schlecht ausgestattet. Die Klassenfrequenzen sind dringend auf unter 20 Schüler zu senken um eine individuelle Förderung in dieser entscheidenden Lernphase zu ermöglichen. Gleichermaßen ist über die Ausstattung mit Sozialpädagogen, Schulpsychologen und ggf. Kinderärzten zur

professionellen Unterstützung der Lehrkräfte und der Eltern für die Entwicklungsförderung und Früherkennung von Fehlentwicklung nachzudenken.

Entwicklung der Sprachkompetenz bedeutet nicht nur Deutsch lernen

Die frühsprachliche Förderung der Kinder muss mit der Sprachförderung der Eltern insbesondere der Mütter gekoppelt werden. Die Kommunikation im Elternhaus spielt eine zentrale Rolle bei der Entwicklung der Sprachkompetenz. Die Förderung der Muttersprache als Erst- und Identifikationssprache darf nicht zugunsten einer stärkeren Deutschförderung zurückgedrängt werden. Es muss beides geleistet werden: Förderung der Muttersprache und Erlernen von Deutsch als Zweitsprache. Dazu können Kindertagesstätten bereits einen wichtigen Beitrag leisten. Die Entwicklung von Sprachkompetenz muss so früh wie möglich beginnen – im Elternhaus und in den Bildungseinrichtungen. Die Förderung der Unterrichtssprache Deutsch muss kontinuierlich in den Grundschulen und in den weiterführenden Schulen erfolgen. Dazu sind gezielte individuelle Fördermaßnahmen und qualifiziertes pädagogisches Personal (Deutsch als Zweitsprache) erforderlich. Die nicht ausreichende Beherrschung der deutschen Sprache darf den Übergang von der Grundschule zur Realschule oder dem Gymnasium nicht behindern.

Das Beherrschen der deutschen Sprache kann auch nicht zur Einschulungsvoraussetzung werden, da damit die Zahl der Rückstellungen und der demotivierten Kinder weiter ansteigen würde. Statt Zwangsmaßnahmen ist der Ausbau der Kindertagesstätten und die Integration der Eltern sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten, Elternhaus und Familienhilfe zu befördern. Im Übrigen ist zu bedenken, dass nicht nur Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund keine ausreichenden Deutschkenntnisse zum Zeitpunkt der Einschulung besitzen, sondern auch Kinder aus Elternhäusern mit einem deutschen Pass.

Neue Lehr- und Lernformen - Fördern statt Auslesen

Die Förderung des einzelnen Kindes und Jugendlichen muss in den Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit gestellt werden. Kinder müssen lernen, ihren eigenen Lernprozess zu organisieren. Dabei hilft ihnen eine Pädagogik, die neben Basiskompetenzen und Grundwissen Vertrauen und Zuversicht in die eigene Lernfähigkeit vermittelt. Neugier und Spaß am Lernen entstehen durch Problemstellungen mit Bezug zur Lebenswirklichkeit, durch eigeninitiatives, entdeckendes Lernen. Lernkompetenz, Problemlösungs- und Handlungskompetenz sowie soziale Kompetenz sind unverzichtbare Bestandteile von Allgemeinbildung für die Gegenwart und Zukunft junger Menschen.

Qualitätvoller Unterricht zeigt sich an kontinuierlichen Lernzuwächsen für alle - durch individuelle Förderung, nicht durch Lernen im Gleichschritt, dem Messen mit gleicher Elle, dem permanenten Auslesen und Zurückstellen sowie dem Konkurrieren um Noten.

Das selektive Schulsystem führt zu sozialer Auslese und verstärkt vorhandene Benachteiligungen. Nicht die Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen stehen im Blickpunkt, sondern die Zugehörigkeit zu einer Bildungsanstalt. Kaum ein anderes Land „sortiert“ seine Kinder so früh nach Schularten wie Deutschland. Entgegen dieser Tradition zeigen aber immer mehr Untersuchungen, dass Auslese nicht zur Steigerung von Qualität und zu besseren Schülerleistungen beiträgt, geschweige denn zum Ausgleich von Benachteiligungen. In den besten EU-Ländern der PISA-Studie besuchen die SchülerInnen mindestens bis zum 12.

(Belgien und Irland), die meisten jedoch bis zum 16. Lebensjahr gemeinsam eine Schule für alle. Diese Länder zeigen: Eine breite Beteiligung an Bildungsgängen und eine große Zahl höherer Abschlüsse sind sehr wohl zusammen mit einem hohen Leistungsniveau realisierbar. Wer die Qualität unseres Schulsystems verbessern und den skandalösen sozialen Ungleichheiten begegnen will, muss sich intensiv mit den Selektionsmechanismen unseres Schulsystems auseinandersetzen. Die Grundsätze des fördernden und individualisierenden Lernens sollen deshalb Maßstab für Schulentwicklung werden. Um alle Talente besser fördern zu können, soll Auslese möglichst durch langes gemeinsames Lernen in integrierten Systemen vermieden werden.

Die PISA-Studie sollte daher auch Anlass für eine kritische Auseinandersetzung mit dem mehrfach gegliederten Schulsystem – zu dem auch die Gesamtschule gehört – in Deutschland

sein. Die Umsetzung von Chancengleichheit kann auf diesem Wege offenbar nicht garantiert werden. Die GEW spricht sich langfristig auch in Deutschland für eine Entwicklung hin zu einer Schule für alle Kinder aus, die möglichst lange integrativ und individuell fördert. Als Beispiel könnte das schwedische oder finnische Bildungssystem gelten.

Lernen braucht Zeit – Ausbau der Ganztagschulen

In der EU haben außer Deutschland nur Griechenland und Österreich keine Ganztagschulsysteme. Der Ausbau von Ganztagsangeboten für Kinder und Jugendliche gehört zu den vorrangig zu lösenden Problemen.

Ganztagschulen benötigen ein ganzheitliches pädagogisches Konzept. Modelle, die lediglich die „alte“ Halbtagschule um die Betreuung am Nachmittag ergänzen, werden den Möglichkeiten ganztägiger Bildungs- und Erziehungsförderungen nicht gerecht. Im ungünstigsten Fall verstärken sie soziale Segregation. Das Schulkonzept ist im engen Zusammenwirken von Schule, Jugendhilfe, Eltern und Schülerinnen und Schülern zu entwickeln. Die Vernetzung von Möglichkeiten der formellen, informellen und nicht formellen Bildung in einem lernunterstützenden und lernmotivierenden Schulklima sollte Anspruch des Schulkonzeptes sein. Eine so gestaltete Ganztagschule kann sowohl den Ansprüchen besonderer Lernförderung von Benachteiligten wie der Förderung besonderer Begabungen entsprechen.

Anregungen zur engen Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule finden sich in der Streitschrift des Bundesjugendkuratoriums „Zukunftsfähigkeit sichern!“.

Der von Rheinland-Pfalz beschrittene Weg zur Etappenweisen Entwicklung von Ganztagschulen scheint erfolversprechend zu sein.

Förderung der Bildungsbenachteiligten in der beruflichen Bildung

Die soziale Selektivität bei Schulerfolg und Schulabschlüssen setzt sich in der beruflichen Bildung und Weiterbildung fort und verstärkt sich dort noch. Insofern ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Bildungsphasen, in die die untersuchten 15-Jährigen eintreten, ein besonderes Gewicht auf die Förderung von Bildungsbenachteiligten im weitesten Sinn setzen. Dazu gehören nicht nur die Fördermaßnahmen in den Benachteiligtenprogrammen über SGB III, sondern auch ergänzende Ausbildungsmaßnahmen im vollzeitschulischen Bereich und in außerbetrieblichen Einrichtungen. Vor dem Hintergrund der durch PISA aufgezeigten Defizite wäre es kontraproduktiv, wenn in den beruflichen Schulen der Bereich der allgemeinbildenden Fächer abgebaut wird. Stütz- und Förderprogramme an den beruflichen Schulen, ausbildungsbegleitende Hilfen für alle Ausbildungsgänge sind wichtiger den je.

PISA darf nicht missbraucht werden zur Legitimierung des Abbaus vollzeitschulischer (Berufsfachschulen) Ausbildungsgänge, nur weil sie teurer sind. Sie nehmen in erhöhtem Maße eine kompensatorische Funktion wahr und müssen qualitativ ausgebaut werden, soweit das betriebliche Angebot nicht ausreicht.

Lehrkräfte übernehmen Mitverantwortung für Qualität

Qualität in den Schulen lässt sich nur mit den Lehrerinnen und Lehrern verbessern. Kern des professionellen Handelns ist die Arbeit im Schulalltag und im Unterricht. Hierfür brauchen Lehrkräfte neben ihren pädagogischen und fachlichen Kompetenzen vor allem auch Organisationskompetenzen in den Bereichen Schulentwicklung, Teamarbeit und Evaluation. Bestandteil der Professionalität im Lehrerberuf ist die kontinuierliche Weiterbildung. Angemessene Lern- und Arbeitsbedingungen sind Grundvoraussetzungen für professionelles pädagogisches Handeln. Mit überforderten Lehrkräften, alten Lehr- und Lernmaterialien und maroden Schulen ist Qualität nicht zu machen. Die Arbeitszeitverlängerungen in den vergangenen Jahren waren diesbezüglich kontraproduktiv.

In den Schulen sollten Lehrerinnen und Lehrer Teams bilden - professionelle Lerngemeinschaften. Sie formulieren Ziele und Bedingungen für die Verbesserung des Schulalltags und des Unterrichts.

Schulentwicklungs- und Fachberater sollten für diese Veränderungen zur Verfügung stehen.

Lehrerbildung zügig reformieren - zieladäquate Lehrerfortbildung

Wenn die Schule mehr als bisher auf die sehr unterschiedlichen Begabungen der Schülerinnen und Schüler eingehen soll, dann müssen die pädagogisch-diagnostischen und sozialen Kompetenzen der LehrerInnen gestärkt werden. LehrerInnen müssen stärker als bisher zur Unterstützung individueller Lernprozesse befähigt sein. Fördern von individuellen Lernpotenzialen statt Auslesen, das Unterrichten von Menschen statt des Unterrichtens eines Faches, kennzeichnen ein verändertes Professionsverständnis von Lehrerinnen und Lehrern. Dazu benötigen sie eine Ausbildung, die die fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen und erziehungswissenschaftlichen Elemente eng miteinander verbindet. Die viel zu häufig festzustellende Beliebigkeit der hochschulischen Lehrangebote soll durch Kerncurricula aufgehoben werden, die gemeinsam von Theoretikern, Praktikern und Studierenden entwickelt werden sollen.

An den Hochschulen sollten Zentren für die Ausbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen eingerichtet werden. Sie sollen der Ausbildung einen Ort und damit auch eine Identität geben. Sie sollen dazu beitragen, eine frühzeitige Verzahnung von Hochschulstudium und Praktika zu erreichen. Neue Formen der inhaltlichen Kooperation sind auch mit den Studienseminaren zu entwickeln.

Die zuletzt vom Wissenschaftsrat vorgeschlagene Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen in der LehrerInnenbildung wird von der GEW so lange abgelehnt, wie durch die konsekutiven Studiengänge nur neue Hierarchien und Abschottungen begründet werden. Die Trennung in ein fachwissenschaftliches Bachelor- und in ein erziehungswissenschaftliches Masterstudium steht der auch von der Terhart-Kommission (KMK) geforderten Pädagogisierung der LehrerInnenbildung diametral entgegen. Die strikte Aufteilung in kleinteilige Lehramtsstudiengänge ist angesichts der demografischen Entwicklung auch arbeitsmarktpolitisch unsinnig.

Die GEW hat ihre Positionen in den „14 Eckpunkten zur Reform der LehrerInnenbildung“ zusammengefasst, sie unterstützen in weiten Teilen die Aussagen der Terhart-Kommission. Das gilt insbesondere auch für das Thema „Lehrerfort- und -weiterbildung“. Diese dritte Phase der LehrerInnenbildung ist bislang sträflich vernachlässigt. Wenn aus der PISA-Studie zügig Konsequenzen gezogen werden sollen, kann das nur durch eine systematische Lehrerfort- und -weiterbildung geschehen. Lehrerinnen und Lehrer sind bereit zur Fortbildung, sofern diese der Qualifizierung der Unterrichtspraxis und der Schulentwicklung dienlich ist. Daher muss sich Lehrerfortbildung stärker an den Bedürfnissen der einzelnen Schule bzw. der einzelnen Lehrkraft orientieren. Pauschale bzw. kommerzialisierte Fortbildungsangebote werden diesem Anspruch in aller Regel nicht gerecht.

Die nicht weniger wichtigen Veränderungen der Erstausbildung brauchen mehr Zeit, bis sie nach Durchlaufen der reformierten Studiengänge durch junge LehrerInnen und Lehrer die Schulen erreichen.

Wenn die ErzieherInnen und LehrerInnen Motoren der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung sein sollen, müssen ihre Ausbildung, ihre Arbeitsbedingungen, ihre beruflichen Perspektiven und ihre gesellschaftliche Anerkennung verbessert werden.

Qualität durch Teilhabe

Die innerschulischen Akteure - Schulleitung, LehrerInnen, SozialpädagogInnen, weitere MitarbeiterInnen, SchülerInnen und Eltern - sind gemeinsame Träger der Qualitätsentwicklung. Nicht Konkurrenz zwischen Menschen und Schulen, nicht Schulranking und Dauertest, sondern Kooperation und Dialog verbessern Qualität. Schulentwicklung hat nur dann eine Chance, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Schulen müssen deshalb Orte demokratischer Teilhabe und Mitgestaltung - für Lehrer, Eltern und Schüler - werden.

Veränderungen der Schul- und Lernorganisation, des Schul- und Unterrichtsalltags sowie des Schullebens insgesamt gelingen nur, wenn sie durch Mitbestimmung Akzeptanz erfahren und

Verbindlichkeit bekommen. Dies setzt die kontinuierliche Zusammenarbeit von Lehrern, Eltern und Schülern voraus.

Qualität hat ihren Preis: höhere Bildungsinvestitionen

Deutschland liegt auch bei den öffentlichen Bildungsinvestitionen im unteren Mittelfeld der OECD – Staaten. Bildungsreformen werden nur dann eine Chance haben, wenn Bildungsinvestitionen deutlich erhöht werden. Eine Erhöhung der staatlichen Ausgaben auf mindestens 6,0 % des BIP verbunden mit der zielgerichteten Umsetzung der o.a. Reformmaßnahmen sind eine notwendige Grundlage für den Innovationsschub im deutschen Bildungssystem.

Der in den östlichen Ländern bereits bestehende und in den westlichen Bundesländern beginnende Rückgang der Geburten- und Schülerzahlen muss deshalb zur qualitativen Verbesserung des Bildungssystems genutzt werden. Dem Ansinnen der Finanzminister, die freiwerdenden Mittel zum Stopfen von Haushaltslöchern zu nutzen, ist eine deutliche Abfuhr zu erteilen.

Berufung eines nationalen Sachverständigenrates Bildung

Anknüpfend an die umfangreichen Expertenberichte des Forum Bildung – die unter hohem Zeitdruck Problem- und Lösungsfelder nur anreißen konnten – sollte ein nationaler Sachverständigenrat Bildung vertiefend unter Einbeziehung der Ergebnisse der Kontextdaten von PISA Schlussfolgerungen für das bildungspolitische Handeln von Bund und Ländern ableiten. Ein Sachverständigenrat könnte die Ergebnisse der Expertenberichte aufgreifen und die offenen Fragen lösen. Der Sachverständigenrat sollte dabei aus anerkannten Persönlichkeiten und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammengestellt sein und seine Arbeit durch Anhörungen von weiteren Expertinnen und Experten einschließlich PädagogInnen, Eltern, SchülerInnen und Studierenden etc. ergänzen. Einbezogen werden sollten ExpertInnen aus der Nationalen Qualitätsinitiative KITA der Bundesregierung.

Regelmäßige Veröffentlichung eines nationalen Bildungsberichts

In einem nationalen Bildungsbericht - der mehr ist, als eine bloße Zusammenfassung der Länderberichte - sollte in regelmäßigen Zeitabständen die Öffentlichkeit über den Entwicklungsstand des deutschen Bildungswesens und die Umsetzung der Empfehlungen des Forum Bildung sowie des Sachverständigenrates informiert werden. Der nationale Bildungsbericht sollte auf gute Erfahrungen in der bisherigen Bildungsberichtserstattung bewusst zurückgreifen, internationale Expertisen ebenso einbeziehen wie die Erkenntnisse aus dem Kinder- und Jugendbericht, dem Bericht der Ausländerbeauftragten, dem Armuts- und Reichtumsbericht und dem Familienbericht.

Deutschland muss sich zukünftig daran messen lassen, ob es gelingt, allen jungen Menschen eine solide Bildungsgrundlage mitzugeben.

Der Maßstab ist allerdings nicht Bayern oder NRW, sondern Finnland, Schweden oder Kanada.

Dr. Eva - Maria Stange

Was sollte aus Sicht der GEW jetzt in Angriff genommen werden?

GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange am 13.4.02 in Stuttgart auf dem Kongress „Bildung in Schieflage“:

- Bildung von Anfang an
- Grundschulen stärken
- Entwicklung der Sprachkompetenz bedeutet nicht nur Deutsch lernen
- *Neue Lehr- und Lernformen - Fördern statt Auslesen*
- *Lernen braucht Zeit –Ausbau der Ganztagschulen*
- *Förderung der Bildungsbenachteiligten in der beruflichen Bildung*
- 28 Lehrkräfte übernehmen Mitverantwortung für Qualität
- Lehrerbildung zügig reformieren - zieladäquate Lehrerfortbildung
- Qualität durch Teilhabe
- *Qualität hat ihren Preis: höhere Bildungsinvestitionen*
- Berufung eines nationalen Sachverständigenrates Bildung
- Regelmäßige Veröffentlichung eines nationalen Bildungsberichts

Deutschland und Schweden im Vergleich

GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange am 13.4.02 in Stuttgart auf dem Kongress „Bildung in Schieflage“:

	Deutschland	Schweden
Bildungsausgaben am BIP		
öffentlich	4,35 %	6,59 %
privat	1,20 %	0,18 %
gesamt	5,55 %	6,77 %
Ausgaben je Schüler in US\$ - 1998 (kaufkraftbereinigt)		
Primarstufe	3.351	5.579
Sek I	4.641	5.567
Sek II	9.519	5.701
Schüler/Lehrer -Relation		
Primarstufe	21	13,3
Sek I	16,4	13,3
Sek II	12,4	15,5
Hochschulzugangsberechtigte eines Altersjahrgangs (1999)	33%	74%
Gewichtung einzelner Unterrichtsfächer (12 -14 Jährige): Lesen/Schreiben/Muttersprache		
Mathematik	14	22
Naturwissenschaften	13	14
	10	12

Quelle: OECD: Bildung auf einen Blick - OECD -Indikatoren. Paris 2001